

Entschließungsantrag

der Gruppe der PDS

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/3601 –

Jahreswirtschaftsbericht 1996 der Bundesregierung **„Vorrang für Beschäftigung“**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Jahreswirtschaftsbericht 1996 erfüllt die gesellschaftspolitischen Ansprüche und Erwartungen von Millionen Menschen nicht. Er gefährdet darüber hinaus das von gewerkschaftlicher Seite vorgeschlagene „Bündnis für Arbeit“ in hohem Maße. Der Jahreswirtschaftsbericht läßt jegliche ernsthafte Bereitschaft der Bundesregierung vermissen, auf weitere Sozialleistungskürzungen und Einkommensminderungen bei den kleinen und mittleren Einkommen zu verzichten. Vielmehr enthält das „Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze“ zahlreiche Ankündigungen für kommende Kürzungen.

Die Hoffnungen und Erwartungen von vier Millionen offiziell als arbeitslos registrierten Bürgerinnen und Bürgern und weiteren rund acht Millionen Bürgern in Arbeitsfördermaßnahmen, unstetigen, prekären und niedrigentlohn-ten Arbeitsverhältnissen sowie in der Stillen Reserve werden betrogen. Nicht nur läßt der Jahreswirtschaftsbericht die Unwilligkeit der Bundesregierung erkennen, ihren Teil zu dem vorgeschlagenen „Bündnis für Arbeit“ zu erbringen, sondern gleichzeitig offenbart er auch, daß die Bundesregierung keinen überzeugenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ansatz vorweisen kann, der den Interessen aller lohnabhängigen Menschen an einem existenz- und lebensstandardsichernden Arbeitsplatz gerecht wird.

Statt dessen folgt der Jahreswirtschaftsbericht weiter den marktliberalistischen Vorgaben der Deregulierung, Privatisierung, Deindustrialisierung und des Sozialabbaus, die

in den vergangenen Jahren zur Verschärfung der Arbeitsmarktp Probleme beigetragen und die Finanzierungsprobleme in der Sozialversicherung verschärft haben. Der Jahreswirtschaftsbericht reagiert ebenfalls nicht auf aktuelle wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Zuspitzungen, so etwa auf die angekündigten Massenentlassungen in größeren Unternehmen oder auf die sich anbahnende Welle von Insolvenzen kleinerer und mittlerer Unternehmen.

Tatsächlich setzt der Jahreswirtschaftsbericht mit seinem Aktionsprogramm die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben fort. Die Entlastung der Unternehmen auf Kosten der Einkommen der Beschäftigten wird weiter betrieben. Die Sozialversicherungen sollen auch zukünftig mit Aufgaben belastet werden, die von ihrem Wesen her, wie etwa die vereinigungsbedingten Ausgaben, aus dem Steueraufkommen des Bundes zu finanzieren wären.

Der Jahreswirtschaftsbericht verschärft die vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, statt Schritte zu ihrer Lösung einzuleiten. Hinter dem Titel „Vorrang für Beschäftigung“ verbirgt sich ein Programm nach den Grundsätzen „Vorrang für steigende Gewinne“ und „Weiter so beim Sozialstaatsabbau“.

2. Der Jahreswirtschaftsbericht konserviert die von falschen Voraussetzungen ausgehende Debatte um den angeblich verschlechterten Standort Deutschland. Nicht wegen zu hoher Lohn- oder Lohnnebenkosten, sondern vor allem wegen größerer Kundennähe, zur Umgehung von Marktbarrieren richten Unternehmen Arbeitsplätze besonders im Ausland statt in der Bundesrepublik Deutschland ein. Der Saldo zwischen den durch Exportüberschüsse im Inland entstehenden Arbeitsplätzen und den tatsächlich ins Ausland verlagerten ist nach wie vor positiv. Wachsende Probleme beim Warenexport resultieren in erster Linie aus der Aufwertung der D-Mark. Diese wiederum ist maßgeblich durch den gegenüber anderen Industrienationen geringeren Anstieg der Lohnstückkosten, die hohe Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik Deutschland verursacht. Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland nehmen nicht zuletzt wegen der liberalistischen Handelspolitik der Bundesregierung, die zu Importen statt Investitionen förmlich einlädt, ab.

Nicht zu hohe Kosten der Arbeitskraft sind die tatsächliche Ursache für den Mangel an Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland, sondern Verteilungsungerechtigkeit sowohl hinsichtlich der bezahlten Arbeit als auch des erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtums. Diese Disproportionen sowie der fehlende politische Wille, Rahmenbedingungen für einen ökologischen Strukturwandel zu schaffen, verursachen die mangelhafte Binnennachfrage – sowohl der Verbraucherinnen und Verbraucher als auch der

öffentlichen Hände – durch die immer mehr Arbeitsplätze in Gefahr geraten und die Schaffung neuer verhindert wird.

Das Grundproblem der Verteilung bezahlter Arbeit kann und muß durch Überstundenabbau und Arbeitszeitverkürzung gelöst werden. Das Grundproblem der Verteilung des erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtums bleibt die Relation zwischen Löhnen und Gewinnen. Es ist nicht hinzunehmen, daß die Einkommen der abhängig Beschäftigten wegen steigender Lebenshaltungskosten real zurückgehen. Gleichzeitig steigen die Einkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen, besonders die von Konzernen und Banken, ohne daß diese Gewinne zu einem entsprechenden Zuwachs arbeitsplatzschaffender Investitionen führen. Die Politik pauschaler Entlastung für Betriebe und Spitzeneinkommensbezieher, welche die Bundesregierung plant, füllt lediglich die Kassen der Unternehmen für weltweite Expansion, die jedoch weniger Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland schafft und sichert. Sie fördert eher die Gefahren des ökologischen Kollapses durch weiter ausufernde Warenströme sowie globaler Spannungen, wenn wirtschaftliche in politische oder gar militärische Auseinandersetzungen umschlagen.

3. In dem im Jahreswirtschaftsbericht enthaltenen „Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze“ fehlen konkrete Angaben der Bundesregierung, welche Zielgröße beim Abbau der Arbeitslosigkeit durch das Maßnahmenpaket erreicht werden soll und welche Mittel dafür tatsächlich notwendig sind. Selbst für ihre sog. Reformprojekte, wie aufkommensneutrale „Unternehmenssteuerreform“ oder Reduzierung der Steuersätze im Rahmen einer „Tarifreform 2000“, erbringt sie keinen Nachweis der Finanzierungsmöglichkeit. Vielmehr drohen Mehrwertsteuererhöhung und Sozialabbau zu Finanzierungsquellen zu werden, die lediglich einer pauschalen Entlastung von Unternehmen und Spitzeneinkommensbezieher dienen. Daß die so zusätzlich verfügbaren Einkünfte tatsächlich ohne entsprechende fiskalische Steuerung arbeitsplatzwirksam reinvestiert werden, ist unwahrscheinlich.

Der Jahreswirtschaftsbericht stellt somit nur eine Absichtserklärung der Bundesregierung dar, eine Sammlung nicht miteinander vernetzter Einzelvorschläge. Erforderlich ist jedoch, zu einer langfristig angelegten gesellschaftlichen Steuerung des Strukturwandels überzugehen. Für eine solche makroökonomisch ausgerichtete Stabilitätspolitik ist die Koordinierung der Aktivitäten aller betroffenen Fachministerien Voraussetzung.

4. Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung läßt keine Ansätze zu einem tatsächlichen ökologischen Umbau der Gesellschaft erkennen. Die Bundesregierung setzt weder Schwerpunkte in Richtung einer ökologischen Umstrukturierung der Wirtschaft – beispielsweise durch die massive Förderung des öffentlichen Nah- und Fernver-

kehrs sowie ökologischer Energie-, Stoffkreislauf- und Landwirtschaft – noch ist die bereit, durch die Verteuerung des Naturverbrauchs über die Mengenregulierung von Ressourcen, Ökosteuern oder den Abbau ökologisch kontraproduktiver Steuerregelungen diesen Prozeß rechtlich und fiskalpolitisch zu unterstützen. Für die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe fehlt nach wie vor der ordnungspolitische Rahmen.

Anstatt den gestellten Zielen der CO₂-Reduktion endlich konkrete Taten zu deren Umsetzung folgen zu lassen, wird mit der Scheinlogik internationaler Wettbewerbsfähigkeit weiter auf rein quantitatives Wirtschafts- und Verkehrswachstum gesetzt. Ferner wird an Stelle von verantwortungsvollem staatlichen Handeln sowie der Stärkung demokratischer Mitbestimmung von Bürgerinnen und Bürgern, Umweltverbänden und Kommunen auch im Umweltbereich das Konzept der Deregulierung und Privatisierung verfolgt. Das vorgelegte Paket von „Beschleunigungsgesetzen“ befördert den Abbau der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern sowie eine Aufweichung von Umweltstandards. Ob tatsächlich eine Verkürzung von Genehmigungsverfahren eintritt, ist fraglich.

5. Die im Jahreswirtschaftsbericht avisierten Fördermaßnahmen sichern in den neuen Bundesländern bei weitem keine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung. Dort fehlen größere Betriebe als strukturelle Voraussetzung für die weitere Existenz kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), des Handwerks und Dienstleistungssektors. Allein mit Programmen zur Förderung von Existenzgründungen und KMU kann den perspektivischen Erfordernissen nicht entsprochen werden. Gerade für Ostdeutschland ist die Schaffung ordnungspolitischer Rahmenbedingungen zur Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie die Ergänzung der Förderung per Krediten durch eine Förderung mit an Arbeitsplatzgarantien gebundenen Zuschüssen erforderlich.

II. Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, solche ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zu setzen, durch die Massenarbeitslosigkeit real abgebaut und ein ökologischer Wandel in der Wirtschaft eingeleitet wird.

Dazu gehören:

- beschäftigungswirksame Nutzung öffentlichen Eigentums, insbesondere der Unternehmen im Bundesbesitz;
- Bindung der Staatsaufträge sowie der Subventionsvergabe an den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen für die zivile Produktion;
- Umstellung des Förderinstrumentariums für die Wirtschaft, indem die Vergabe von Fördergeldern an die Zahl der zu schaffenden zukunftssträchtigen, ökologisch

verträglichen Arbeits- und Ausbildungsplätze gebunden wird anstatt an das veranschlagte Investitionsvolumen;

- Schaffung von Förderinstrumentarien zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungssituation von Mädchen und Frauen;
- Auflegung eines Sofortprogramms zur Schaffung überbetrieblicher Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern, da geburtenstarke Jahrgänge auf den Ausbildungsmarkt treten und das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen mit der Nachfrage nicht Schritt hält;
- Stopp der Entlassungen im öffentlichen Dienst und Nutzung der Personalkapazitäten zur Entbürokratisierung und Umstrukturierung der Aufgaben in Richtung größerer Bürgernähe;
- Auflegung eines Programms der ökologischen Modernisierung des Wohnungsbestandes und der Kommunalwirtschaft, Konzentration der Mittel auf die Förderung des Neubaus von Wohnungen durch gemeinnützig orientierte Wohnungsunternehmen sowie Selbstnutzerinnen und Selbstnutzer;
- fiskalische Steuerung der Sicherung von Arbeitsplätzen, beispielsweise durch Gleichbesteuerung von privaten und betrieblichen Veräußerungseinkünften;
- unverzügliche Erarbeitung und Vorlage eines neuen Arbeitszeitgesetzes, worin insbesondere ein kompletter Freizeitausgleich von Überstunden als Vorbereitung eines gesetzlichen Überstundenverbotes, die gesetzliche Förderung von intelligenten Teilzeitmodellen unter Herstellung einer weitgehenden Zeitsouveränität der Beschäftigten und gesetzliche Vorgaben und Unterstützungen für die Tarifvertragsparteien bei der Umverteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens durch eine allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit enthalten sind;
- Sicherung bestehender Einrichtungen und Unternehmen im Bereich der Beschäftigungsförderung, insbesondere der Arbeitsförderungs-, Beschäftigungs- und Strukturgesellschaften und gemeinnützigen Träger, Förderung neuer Träger und Arbeitsgebiete in den Bereichen soziale Infrastruktur und Dienste, ökologische Sanierung sowie kommunale und regionale Entwicklung und ihr Ausbau zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor im ersten Arbeitsmarkt;
- Übernahme der sogenannten Altschulden auf gesellschaftliche Einrichtungen der Kommunen in den neuen Bundesländern in den „Erblastentilgungsfonds“.

2. Die Finanzierung dieser Aufgaben kann erfolgen durch:
 - Bekämpfung von Steuerhinterziehung und anderer Formen der Steuerverkürzung durch regelmäßige Betriebsprüfungen; unverzüglich ist mit dem Einsatz weiterer 8 000 bis 10 000 Betriebsprüfer zu beginnen. Die damit verbundenen Mehraufwendungen werden durch die erzielten Einnahmen mehr als kompensiert. Allein eine zehnprozentige Reduzierung des Steuerbetrugs würde pro Jahr zu Steuermehreinnahmen von rund 15 Mrd. DM führen;
 - Ausweitung der Sozialversicherungspflicht auf alle Erwerbstätigen, einschließlich Beamte, Selbständige, Abgeordnete und Minister sowie Erhöhung der Bemessungsgrundlage für Sozialversicherungsbeiträge;
 - Umstellung der Bezugsbasis für die Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmen zwecks Senkung der Lohnnebenkosten auf eine ertragsabhängige Belastung;
 - Reform der Erbschafts- und Vermögensteuer mit dem Ziel der stärkeren Belastung größerer Vermögen;
 - vollständige Streichung der Mittel für umweltfeindliche Verkehrsgroßprojekte, wie Transrapid und die beschlossenen Projekte zum Binnengewässerausbau;
 - Verpflichtung der Banken und Versicherungen zur Zeichnung einer zinslosen Anleihe in Höhe von 5 % ihrer Bruttowertschöpfung;
 - schrittweiser Verkauf der Bundesrohölreserve.
3. Die Bundesregierung wird beauftragt, Rahmenbedingungen für eine ökologische Umstrukturierung der Wirtschaft, u. a. durch die massive Förderung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs sowie ökologischer Energie-, Stoffkreislauf- und Landwirtschaft, zu setzen. Der Naturverbrauch ist über die Mengenregulierung von Ressourcen, Ökosteuern und den Abbau ökologisch kontraproduktiver Steuerregelungen wirksam zu reduzieren. Die Einnahmen aus der Regulierung des Naturverbrauchs sind ausschließlich für den ökologischen Umbau zu verwenden.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, zu einer langfristig angelegten gesellschaftlichen Steuerung des Strukturwandels überzugehen. Dazu müssen durch Koordinierung der Aktivitäten aller betroffenen Fachministerien die Voraussetzungen für eine makroökonomisch ausgerichtete Stabilitätspolitik geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang ist insbesondere zu prüfen, inwieweit

 - steuerliche und ordnungspolitische Rahmenbedingungen für die Entfaltung regionaler Wirtschaftskreisläufe geschaffen,

- Förderprogramme, insbesondere für Existenzgründer sowie kleine und mittlere Unternehmen, gebündelt und so der Zugang zu ihnen erleichtert,
- die steuerliche Besserstellung entnommener gegenüber reinvestierter Gewinne beseitigt,
- spekulative Gewinne an Börsen besteuert werden können.

Bonn, den 7. Februar 1996

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

